

Rückblick auf eine Rebellion

Wolfgang Bergsdorf

Das Jahr 1968 ist zur Chiffre geworden für eine Zäsur in der politischen Kultur in Deutschland. Zur vierzigsten Wiederkehr dieses ereignisreichen Jahres häufen sich Monografien und Zeitungsartikel, in denen zumeist Autoren aus dem Zentrum oder dem Umfeld der damaligen 68er-Bewegung die Deutungshoheit über Intentionen und Wirkungen der Rebellion zu erlangen suchen. Eine Ausnahme ist das gerade erschienene Buch von Götz Aly *Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück*. Der Autor gehörte 1968 zur Speerspitze der Rebellion. Für sein Buch hat er nicht nur das Schriftgut der protestierenden Studenten zurate gezogen, sondern auch die Nachlässe der von den Studenten attackierten remigrierten jüdischen Professoren Ernst Fränkel und Richard Löwenthal durchgesehen. Auch im Bundeskanzleramt hat er den Reaktionen von Repräsentanten des „herrschenden Systems“ wie Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger nachgespürt, den er posthum vor den seinerzeitigen Vorwürfen in Schutz nimmt. Er kommt zu überraschenden Parallelen zwischen den totalitären Impulsen der Studentenrebellion und den Jugendlichkeitswahn der frühen nationalsozialistischen Begeisterung. Er kommt zu dem Schluss, „die revoltierenden Kinder der 1933er Generation waren ihren Eltern auf elende Weise ähnlich“.

Dieses Buch wendet sich gegen die Mystifikations- und Mythologisierungsbemühungen seiner ehemaligen Kombattanten. Es lässt erkennen, dass vor allem die Universitäten damals einen enor-

men Ansehensverlust erlitten haben, von dem sie sich jahrelang nicht erholen konnten. Wie es zu dieser Zäsur kam, soll in wenigen Bemerkungen zu den Rahmenbedingungen der Studentenrebellion erläutert werden.

Antriebskräfte des Widerstandes

Vor vierzig Jahren regierte in Bonn die erste Große Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und seinem Vizekanzler Willy Brandt. Es war eine Koalition der Versöhnung. Kiesinger war ein ehemaliges Mitglied der NSDAP, Brandt ein Emigrant, der dem NS-Terror nach Norwegen ausgewichen war. Die Unionsparteien und die Sozialdemokratie waren in ihrem Koalitionsvertrag übereingekommen, die damals noch geltenden alliierten Vorbehaltsrechte für den Fall eines Notstandes durch die Einfügung eines Notstandsgesetzes in das Grundgesetz abzulösen. Mit ihrer breiten Mehrheit konnte die Große Koalition die notwendige Zweidrittelmehrheit im Parlament sichern. Nachdem erste Entwürfe bekannt geworden waren, erhob sich bei Studenten, Intellektuellen und Gewerkschaften ein Sturm der Entrüstung. Wie immer in solchen Situationen wurden Parallelen zum NS-System gezogen, diesmal zum Ermächtigungsgesetz. Leitmotiv des Protestes war: „Nicht noch einmal.“

Zu der Notstandsgesetzgebung, die nach wesentlichen Änderungen zugunsten des Streikrechts 1968 verabschiedet wurde, kam als zweites Stichwort für die

Antriebskräfte der später sogenannten Studentenbewegung der Vietnam-Krieg hinzu. Der damalige US-Präsident Johnson hat die Zahl der in Vietnam operierenden Soldaten auf mehr als eine halbe Million erhöht, nachdem der Vietcong Teile von Saigon und Hue in ihre Gewalt gebracht hatte. 1968 fallen 14500 US-Soldaten in Vietnam. Im gleichen Jahr verfügt Johnson einen Bombardierungsstopp nördlich des zwanzigsten Breitengrades. Der Vietnam-Krieg war der erste Krieg, der im nun zum Massenmedium aufgestiegenen Fernsehen zu verfolgen war. In den amerikanischen Universitätsstädten, vor allem in Berkeley an der Bucht von San Francisco, protestierten die Studenten massiv gegen diesen „imperialistischen Krieg“ ihrer Regierung. Studenten in den freien Ländern des Westens, in Paris, London, Rom, Kopenhagen, Tokio und Berlin, gingen ebenfalls dieses Krieges wegen auf die Straße und begingen systematisch damals sogenannte „begrenzte Regelverstöße“, um ihren Manifestationen einen Platz in den Fernsehnachrichten zu sichern.

Als drittes Stichwort kam die Große Koalition hinzu. Die parlamentarische Opposition war auf die kleine FDP begrenzt. Es entstand eine Außerparlamentarische Opposition (APO), die vor allem von Studenten, darunter vor allem von dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), getragen wurde. Ein vierter Gesichtspunkt verdient hier Erwähnung, nämlich die Renaissance der marxistischen Ideologie. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich, England, Italien und den Vereinigten Staaten war es in den 1960er-Jahren Mode geworden, kommunistische Autoren zu lesen und zu zitieren. Die chinesische Regierung hat in diesen Jahren Millionen von kleinen roten Büchern mit den Gedanken Mao Tse-tungs (Mao-Bibel) unter die akademische Jugend in der freien Welt verteilt. Aus ihr wurde in einschlägigen Universitäts-

seminaren und studentischen Veranstaltungen (*teach ins*) eifrig zitiert. Akademische Lehrer wie die Soziologen Theodor Adorno, Max Horkheimer und Jürgen Habermas präsentierten ihre „kritische Theorie“ beziehungsweise den „herrschaftsfreien Diskurs“ und wurden bald selbst zum Opfer jener Kräfte, die sie heraufbeschworen haben.

Das rebellische Jahr

Das rebellische Jahr 1968 begann in der Bundesrepublik am 2. Juni 1967. Das war jener Tag, an dem bei einer gewaltsamen Demonstration in West-Berlin gegen den Besuch des persischen Schahs der völlig unbeteiligte Student Benno Ohnesorg durch eine Polizeikugel tödlich getroffen wurde. Ich habe diesen Tag auf einem deutschlandpolitischen Seminar mit dem damaligen Minister für Innerdeutsche Angelegenheiten, Herbert Wehner (SPD), erlebt, der dieses Ereignis mit den Worten kommentierte: „Das wird die Republik verändern.“ Es hat die Republik verändert. Als Folge des Todes von Benno Ohnesorg gab es studentische Demonstrationen, wie sie das Land noch nicht erlebt hatte. Sie richteten sich gegen das „Establishment“ und vor allem gegen den Springer-Konzern („Enteignet Springer“), dessen *Bild*-Zeitung der Studentenhetze beschuldigt wurde. Am 11. April 1968 wurde in Berlin auf den aus der DDR geflohenen, charismatischen Studentenführer Rudi Dutschke ein Attentat verübt, das er überlebte. Wieder kam es zu massiven Protesten. Wieder war in allgemeiner Weise das Establishment, also die staatlichen und akademischen Autoritäten und in besonderer Weise der Springer-Konzern, Zielscheibe des Protestes. Bei gewaltsamen Auseinandersetzungen in Berlin gab es zwei Tote und mehr als hundert Verletzte. An allen größeren Universitätsstandorten kam es in diesem Jahr zu Demonstrationen, zu Rektoratsbesetzungen, zu Vorlesungssprengungen und

Seminarblockaden. Ein geordnetes Studium an den größeren, von der Protestbewegung lahmgelegten Seminaren in diesen Monaten durchzuführen, war kaum möglich. Die politischen Ziele der Rebellion waren Demokratisierung der Wissenschaft, Emanzipation und Systemveränderung. Getragen wurden die Proteste vor allem vom SDS, dessen Vorsitzender in der unmittelbaren Nachkriegszeit einmal der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt gewesen war. Dass sich die SPD 1961 von ihrer Studentenorganisation SDS durch einen Unvereinbarkeitsbeschluss trennte, ist nicht zuletzt seiner Initiative zu verdanken, der die Radikalisierung und Ideologisierung der SDS in den 1950er-Jahren mit äußerster Kritik begleitete. Dass sich mittlerweile die Zeiten geändert haben, kann man daran erkennen, dass K. D. Wolf, einer der führenden Köpfe der SDS in der 68er-Zeit, heute als Verleger in Frankfurt am Main, eine von allen Seiten zu Recht gelobte Hölderlin-Gesamtausgabe herausgebracht hat und auch andere, zum bürgerlichen Bildungskanon gehörende Autoren liebevoll ediert.

Vernebelte Generation

Um die Vorgänge dieser Zeit zu verstehen, muss man einen Blick auf die Generation der rebellierenden Studenten werfen. Es war die erste Generation, die keinerlei direkte Erfahrungen mit dem Zweiten Weltkrieg und seinen fürchterlichen Ergebnissen hatte. Es war jene Generation, die in der Sekurität der Wiederaufbaujahre aufwuchs und auch den Kalten Krieg nach der Kuba-Krise nun in seiner Entspannungsphase erlebte. Es war diese Generation, die wahrnahm, wie der antitotalitäre Konsens in der Politik zerbrach. Denn dem Grundgesetz lag eine doppelte Absage zugrunde. Es ist geprägt von der Absage an jede Art von Rassen- oder Klassenideologie. Den Nationalsozialismus der Vergangenheit hat unsere Ver-

fassung ebenso verworfen wie das kommunistische System, das damals im anderen Teil Deutschlands bürgerliche Freiheiten und Menschenrechte außer Geltung setzte. Nicht einmal der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten 1968 in die gegen den bürokratischen Kommunismus aufbegehrende Tschechoslowakei hat die deutschen Studentenrebellen zu nennenswerten Reaktionen bewegen können. Vorrang hatte der antiamerikanische Impuls. Amerika war der Hauptfeind, die Inkarnation von Imperialismus und Kapitalismus, der in Vietnam seiner Niederlage entgegenging. Ho Chi Minh und Che Guevara waren die Heroen, deren Fotos die Demonstration der Studenten anführten. Der Antisemitismus von vor 1945 wurde in einen Antizionismus umetikettiert, der Israel als imperialistische Macht, gehalten von den USA, in einen scharfen Gegensatz zu den unterdrückten Palästinensern stellte.

Rückblickend bleibt das Erstaunen über die kollektive Vernebelung einer ganzen Generation von Studenten. Es verdient festgehalten zu werden, dass die demokratisch gewählte Führung in der Bundesrepublik trotz des Rücktrittes eines Berliner Polizeipräsidenten und eines Berliner Bürgermeisters niemals infrage stand. Die politische Führung hatte mit Schmerzen zu lernen, mit den rebellischen Studenten umzugehen. Anders war das in Frankreich. Staatspräsident Charles de Gaulle floh während der Mai-Unruhen aus der Hauptstadt Paris 1968 nach Baden-Baden, um zurückgekehrt einen fulminanten Wahlsieg zu erzielen. Anders als in Frankreich ist es den studentischen Rebellen in Deutschland niemals gelungen, den Schulterschluss mit den Gewerkschaften zu erzielen. Schon die Sprache und die allzu vage Programmatik der Studentenbewegung waren zu hermetisch, um als Kommunikationsinstrument zur Verbreiterung der Protestbasis zu dienen. Schließlich regte

sich auch Widerstand an den Universitäten selbst. 1970 gründeten Hans Maier (CSU), bayerischer Kultusminister, Richard Löwenthal (SPD), jüdischer Remigrant und Politikwissenschaftler an der FU, und Hermann Schmidt-Vockenhause (SPD), Bundestagsvizepräsident, den „Bund Freiheit der Wissenschaft“, der für eine Rückkehr zur Vernunft plädierte und in den 1970er-Jahren die Meinungsführerschaft in den Universitäten zurückeroberte, weil er an den deutschen Universitäten auf eine erhebliche Resonanz stieß.

Werte im Wandel

Was bleibt von diesen Jahren für die deutschen Universitäten? Einerseits die Abschaffung des politischen Mandates für die Studentenschaft. Vor allem die Kultusminister der Unionsparteien wie Hans Maier, Wilhelm Hahn und Bernhard Vogel haben in den Hochschulgesetzen die von den rebellierenden Studenten missbrauchten allgemeinen politischen Vertretungsrechte gestrichen, sodass ein dem VDS vergleichbarer repräsentativer Studentenverband künftig keine Existenzberechtigung mehr hatte. Andererseits wurde in der gleichen Gesetzgebung eine Drittel-Parität in den Entscheidungsgremien der Universitäten verankert, also die Gleichgewichtigkeit von Professoren, Studenten und Universitätsmitarbeitern. Aber auch diese „Errungenschaft“ wurde bald darauf durch die Hochschulgesetzgebung der Länder hinweggerafft, weil sich die Erkenntnis durchsetzte, dass Wissenschaft nichts mit Mehrheit, wohl

aber mit Wahrheit zu tun hat, die immer wieder auf den Prüfstand gesetzt werden muss. Ein noch so kursorischer Rückblick über die Studentenbewegung des Jahres 1968 muss daran erinnern, dass in dieser Zeit die RAF ihre Ausformung erfuhr. Die damals getroffene Unterscheidung zwischen Gewalt gegen Sachen, die mehrheitlich von den studentischen Rebellen akzeptiert wurde, und Gewalt gegen Personen, die von dieser Mehrheit abgelehnt wurde, hat eine kleine Minderheit nicht hingenommen. Sie mündete im Terrorismus und im „Deutschen Herbst“ 1977. Daniel Cohn-Bendit, einer der Wortführer der studentischen Rebellion sowohl in Frankreich wie in Deutschland, sagt heute dazu: „Der Terror war keine logische, aber eine mögliche Folge. [...] Es wäre falsch zu sagen, die RAF habe mit '68 nichts zu tun.“

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass damals die später sogenannten „neuen sozialen Bewegungen“ entstanden. Die ökologische Bewegung der Grünen erlebte damals ihre Formierungsphase, „antiautoritäre Erziehung“ wurde damals massenhaft proklamiert, neue Formen des Zusammenlebens in Wohngemeinschaften (WGs) kam damals in Mode, und viele Forscher haben das Jahr 1968 als den Beginn eines entscheidenden Wertewandels identifiziert.

Gleichwohl lässt sich für die Ereignisse des Jahres 1968 ein Fazit ziehen: Vor 1968 waren Forderungen nach Veränderungen begründungspflichtig. Nach 1968 ist das Festhalten an der Tradition begründungspflichtig (Hans Maier).